

Niederschrift
über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen
am 25.05.2016

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 09:00 Uhr

Sitzungspausen **10.15 Uhr – 10.25 Uhr**

: **10.57 Uhr – 11.00 Uhr**

Ende: 12.20 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Baum	Vorsitzender	
Frau Böllhoff		
Herr Conty		für Herrn Imorde
Frau Eraslan	von 9.45 Uhr – 11.20 Uhr	für Frau Schönfeld
Frau Heinrich		
Herr Heuer		
Herr Hofmann		
Herr Huhn		für Herrn Winkelmann
Frau Ramtour		für Herrn Dr. Bruder
Frau Röder		

Stellvertretende Mitglieder

Herr Kronsbein
Frau Maaß
Frau Pieper
Frau Schmieder
Herr Schneck

Beratende Mitglieder

Herr Donath (SPD)		für Frau Brandtner
Herr Jung (CDU)		
Herr Holler-Göller (Bündnis 90/ Die Grünen)		für Frau Wegner
Frau Niemeyer (Die Linke)	ab 9.45 Uhr	

Behindertenhilfekoordinator mit beratender Stimme

Herr Burkat Büro für Integrierte

Sozialplanung und
Prävention

Verwaltung

Frau Schulz

Herr Müller
Frau Dammann

Frau Trachte

Amt für soziale Leistungen -
Sozialamt -
Amt für Schule
Amt für soziale Leistungen -
Sozialamt -
Amt für Schule

Gäste

Frau Kühler
Frau Hoppe

Gebärdendolmetscherin
Gebärdendolmetscherin

Schriftführung

Frau Markwart

Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Baum begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Aufgrund einer nachträglichen Verpflichtung wird die Tagesordnung entsprechend erweitert. Darüber hinaus schlägt Vorsitzender Herr Baum vor, die Tagesordnung um das Thema „Hörgeschädigte“ als neuen TOP 3 zu erweitern. Die Anwesenden haben keine Einwände.

Es gibt keine weiteren Änderungen der Tagesordnung.

Zu Punkt 1**Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner anwesend.

Zu Punkt 2**Verpflichtung eines neuen Beiratsmitgliedes**

Herr Holler-Göller, neues Beiratsmitglied von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wird vom Vorsitzenden Herrn Baum begrüßt und in die Arbeit des Beirates eingeführt.

Er wird nach folgender Formel verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Zu Punkt 3**Hörgeschädigte**

Frau Heinrich bemängelt, dass von Seiten der Verwaltung noch keine Reaktion auf die Beschwerden bezüglich der Schließung der Hörgeschädigtenberatung gekommen sei und wünscht sich eine bessere Zusammenarbeit. Herr Burkat weist darauf hin, dass eine offizielle Stellungnahme der Verwaltung noch nicht möglich sei, da Oberbürgermeister Herr Clausen zurzeit die Beschwerden des Hörgeschädigtenzentrums beantworte.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Maaß, Vorsitzender Herr Baum, Frau Heinrich, Frau Röder, Herr Conty, Herr Hofmann, Herr Holler-Göller und Herr Donath.

Zu Punkt 4 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 13. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 27.04.2016**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 27.04.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5 **Mitteilungen**

Zu Punkt 5.1 **Terminauswahl für den Besuch des PIKSL Labors**

Vorsitzender Herr Baum schlägt folgende mit dem PIKSL Labor abgestimmte Termine für eine Besichtigung vor:

- 06.06.2016 oder
- 20.06.2016 oder
- 04.07.2016

→ jeweils für ca. 1 ½ Stunden ab 16.00 oder 17.00 Uhr

Der Beirat einigt sich auf den 04.07.2016 um 17.00 Uhr. Die Geschäftsführung meldet den Beirat beim PIKSL Labor an.

Zu Punkt 5.2 **Veranstaltungshinweise**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die als Tischvorlagen ausliegenden Veranstaltungshinweise (**Anlagen 1 – 3**).

Zu Punkt 5.3 **Komfortabel reisen in OWL**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die ausliegenden Broschüren.

Zu Punkt 5.4 **Presseartikel**

Vorsitzender Herr Baum informiert über die Mitteilung des Presseamtes,

dass das Abdrucken und Veröffentlichen von Pressemitteilungen und Presseartikel aufgrund der Urheberrechte kostenpflichtig sei. Deshalb dürfen keine abgedruckten Pressemitteilungen an den Beirat verteilt werden.

Zu Punkt 6 Anfragen

Zu Punkt 6.1 Schulungen von Busfahrern

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3222/2014-2020

Zu Punkt 6.1.1 Antwort von moBiel

Vorsitzender Herr Baum verweist auf das als Tischvorlage ausliegende Antwortschreiben von moBiel (**Anlage 4**). Der Arbeitskreis Bebaute Umwelt und Verkehr werde sich mit der Antwort auseinandersetzen.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 6.2 Zuweisung von Schülern mit Förderbedarf zum GL beim Übergang zur weiterführenden Schule und Beachtung der begleitenden Umstände

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3231/2014-2020

Zu Punkt 6.2.1 Antwort vom Amt für Schule

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Antwort des Amtes für Schule. Eine Frage von Frau Röder wird unter TOP 12 beantwortet. Die Protokollierung erfolgt unter TOP 12.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 6.3 Umzug der städtischen Betreuungsstelle im Sozialamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3232/2014-2020

Zu Punkt 6.3.1 Antwort vom Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Vorsitzender Herr Baum verweist auf das als Tischvorlage ausliegende Antwortschreiben vom Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - (**Anlage 5**).

Herr Conty und Herr Donath weisen darauf hin, dass aufgrund der Organisationshoheit des Oberbürgermeisters von Seiten des Beirates kein Einfluss auf die Gestaltung und Lage der einzelnen Arbeitsplätze bestehe.

Der Beirat spricht sich einstimmig für einen barrierefreien Zugang zum Amerikahaus und Orientierungsmöglichkeiten im Haus aus.

Der Arbeitskreis Bebaute Umwelt und Verkehr werde über eine Erweiterung des Leitsystems, das bereits für die Stadtbibliothek umgesetzt wird, beraten.

An der Diskussion beteiligen sich Frau Röder, Herr Donath, Herr Conty und Herr Hofmann.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 7 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 8 Kosten der Unterkunft

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2966/2014-2020

Frau Dammann erläutert die Vorlage.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) habe die Verwaltung um einen Bericht gebeten, nachdem der Beirat für Behindertenfragen mit Beschluss vom 24.06.2015 den SGA aufgefordert hatte, einen Antrag auf Erhöhung des Mietsatzes für die Kosten der Unterkunft (KdU) einzubringen.

Herr Hofmann bemängelt, dass zwar ein Viertel der Wohnungen für einkommensschwache Personen bereitgestellt werden solle, dass dies jedoch nicht automatisch barrierefreie Wohnungen seien.

Herr Conty schlägt für Neubauprojekte eine höhere Grenze für die Übernahme der KdU vor, als für alte Wohnungen. Frau Niemeyer erachtet die Anhebung für Altbauten ebenfalls als äußerst notwendig.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Hofmann, Vorsitzender Herr Baum, Frau Niemeyer und Herr Conty.

Frau Dammann weist darauf hin, dass eine reine Anhebung der

KdU-Sätze dazu führen könnte, dass die Mieten steigen und sich das Wohnungsangebot für andere Geringverdiener verschlechtern könnte.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zunächst erfolgen die Berichterstattung und Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 11 - 12. Die Protokollierung ist unter den entsprechenden Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Pause von 10.15 Uhr bis 10.25 Uhr

Zu Punkt 9 Leichte Sprache

Herr Burkat berichtet über bundesweite Aktivitäten und Praxisbeispiele unter dem Stichwort „Leichte Sprache“. Es fehlten jedoch einheitliche Regeln oder Normen. Grundlage für entsprechende Entwicklungen seien vom Netzwerk Leichte Sprache erarbeitete Empfehlungen. Daneben bestehe der aus Österreich stammende Ansatz „Leicht Lesen“ mit ähnlicher Zielsetzung.

Für die Stadt Bielefeld lägen erste Veröffentlichungen vor (Ratgeber für Menschen mit Behinderungen).

Im Rahmen der Inklusionsplanung sei das Thema Leichte Sprache primär in den Handlungsfeldern „Bewusstseinsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Marketing“ und „Inklusive Stadtverwaltung“ bearbeitet.

Für die zweite Jahreshälfte seien Informationsveranstaltungen zum Thema in Vorbereitung. Ziel dieser Veranstaltung sei die Sensibilisierung von Führungskräften für die Thematik.

Daneben werde sich die Planungsgruppe „Inklusive Stadtverwaltung“ mit der Frage befassen, wie und wo ein verstärkter Einsatz erreicht werden könne.

Herr Burkat stellt nachfolgend einige Links als Beispiele aus dem Rhein-Sieg-Kreis zur Verfügung:

- Sprachheilkindergarten
<http://www.rhein-sieg-kreis.de/cms100/buergerservice/aemter/amt50/artikel/07419/index.shtml>

- Heimaufsicht
<http://www.rhein-sieg-kreis.de/cms100/buergerservice/aemter/amt50/artikel/00376/index.shtml>
- Frühförderung
<http://www.rhein-sieg-kreis.de/cms100/buergerservice/aemter/amt50/artikel/08380/index.shtml>
- Schulwegsicherung
<http://www.rhein-sieg-kreis.de/cms100/buergerservice/aemter/amt36/artikel/23200/index.shtml>
- Radfahrer im Straßenverkehr
<http://www.rhein-sieg-kreis.de/cms100/buergerservice/aemter/amt36/artikel/13508/index.shtml>
- Rhein-Sieg-Kreis - Auf einen Blick
<http://www.rhein-sieg-kreis.de/cms100/buergerservice/rhein-sieg-kreis/kurzportrait/index.shtml>
- Wegweiser für Menschen mit Behinderungen
<http://www.pflegekompass24.de/behindertenwegweiser-rhein-sieg-kreis>

Vorsitzender Herr Baum verweist auf ein Wörterbuch + CD von der Lebenshilfe, das komplizierte Sprache in Leichte Sprache übersetzt (Link:

<https://www.lebenshilfe.de/de/leichte-sprache/woerterbuch/index.php?NaN&pagelc93e5fe2=1>).

An dem folgenden Gespräch beteiligen sich Frau Schulz, Vorsitzender Herr Baum und Herr Conty.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zunächst erfolgt die Berichterstattung und Abstimmung zu dem Tagesordnungspunkt 13. Die Protokollierung ist unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt aufgeführt.

Pause von 10.57 Uhr bis 11.00 Uhr

Zu Punkt 10 **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit Freien Trägern für den Zeitraum 2017 – 2019**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3135/2014-2020
3135/2014-2020/1

Herr Burkat stellt die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF) vor (**Anlage 6**).

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Heuer, Frau Röder, Herr Donath, Herr Conty und Vorsitzender Herr Baum.

Herr Donath und Frau Röder schlagen vor, dass der Beirat für Behindertenfragen sich den zuvor gefassten Beschlüssen des Psychiatriebeirates und des Seniorenrates anschließe.

Es solle außerdem darauf hingewiesen werden, dass sämtliche Angebote inklusiv durchgeführt werden sollen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Beirat folgende

B e s c h l ü s s e :**Beschluss:**

Der Beirat für Behindertenfragen schließt sich den zuvor gefassten Beschlüssen des Psychiatriebeirates vom 11.05.2016 und des Seniorenrates vom 18.05.2016 in vollem Umfang an.

- einstimmig beschlossen -

Beschluss:

Beim Abschluss der Verträge soll darauf geachtet werden, dass sämtliche Angebote inklusiv durchgeführt werden.

- einstimmig beschlossen -

Beschluss über die Drucks.-Nr. 3135/2014-2020 und 3135/2014-2020/1:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, unter Berücksichtigung der zuvor gefassten Einzelbeschlüsse, wie folgt zu beschließen:

1. Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit den Trägern der Jugendhilfe und der sozialen Arbeit werden in den Jahren 2017 – 2019 weitergeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, das System in dialogischen Verfahren wirkungsorientiert weiter zu entwickeln und gemeinsam mit den Trägern fachlich gebotene Veränderungen vorzubereiten und gegebenenfalls den zuständigen Gremien vorzulegen.
2. Der in der Anlage 1 beigefügte Bericht und die dort dargelegten Handlungsempfehlungen dienen als Grundlage für die Weiterentwicklung der Leistungs- und

Finanzierungsvereinbarungen in der Vertragsperiode 2017 – 2019 und wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

3. Für den Bereich der **Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA)** werden in der Vertragsperiode 2017 – 2019 folgende Angebotsverlagerungen/-anpassungen weiterverfolgt:

- o Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Trägerverein der Ev. Offenen und Mobilien Arbeit mit Kindern und Jugendlichen e.V. und dem AWO Kreisverband e.V. über eine Neuausrichtung ihrer Angebote zu verhandeln (siehe Anlage 1 unter Ziffer 4.2.1., Seite 9 ff). Über das Ergebnis ist in den zuständigen Gremien zu berichten.
- o Den Überlegungen zur Weiterentwicklung des HOT Zefi und dem angedachten Trägerwechsel vom Verband der Ev. Kirchengemeinden in Brackwede zum Diakonieverband Brackwede wird zugestimmt
- o Die 0,5 Fachkraftstelle der Stadtteileinrichtung Moenkamp wird an die Stadtteileinrichtung Helli angegliedert. Vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation wird der Standort Moenkamp zunächst weiter geführt.

Die Umsetzung etwaiger Maßnahmen erfolgt haushaltsneutral.

4. Für den Bereich der **Seniorenarbeit** wird die Verwaltung beauftragt,

- o in der Vertragsperiode 2017 – 2019 mit den Beteiligten auf einen wirkungsorientierten Ressourceneinsatz unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf sozialräumliche/regionale Umsetzungsprozesse hinzuwirken.
- o für alle Begegnungs- und Servicezentren Kernaktivitäten zu definieren und gemeinsame Ziele, Eckpunkte und Qualitätsstandards abzustimmen. Das weiter entwickelte Konzept soll dabei die vorhandenen Ressourcen und die Besonderheit des Sozialraums berücksichtigen.
- o das Berichtswesen (siehe Anlage 1 unter Ziffer 8., Seite 16) indikatorengestützt mit dem Blick auf Kernaktivitäten, Struktur, Prozesse und Ergebnis der Seniorenarbeit der Begegnungs- und Servicezentren weiterzuentwickeln.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aktivitäten zur Einrichtung von niedrighschwelligem **Stadtteilzentren** mit einer Öffnung der Häuser für unterschiedliche Zielgruppen in den ausgewählten Quartieren weiterzuentwickeln bzw. zu initiieren. Dies betrifft insbesondere die Einrichtungen Freizeitzentren Baumheide und Stieghorst, das Eva-Gahbler-Haus in Sieker, das Jugendzentrum

- Niedermühlenkamp in Mitte, das LUNA in Sennestadt und das HOT Zefi in Senne. Außerdem sind entsprechende Überlegungen für die Heeper Fichten, Brackwede und Jöllenbeck weiterzuverfolgen. Über den Stand der Umsetzung ist in den zuständigen politischen Fachausschüssen regelmäßig ab dem 2. Quartal 2017 zu berichten.
6. Mit Mitteln der Jugendhilfe finanzierte **Schulsozialarbeit** ist vorrangig zur Unterstützung benachteiligter Schülerinnen und Schüler zunächst an Förder- und Hauptschulen einzusetzen. Wenn alle Förder- und Hauptschulen mit Schulsozialarbeit versorgt sind, können frei werdende Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter den Schülerströmen folgen und an anderen Schulen, z.B. an Realschulen, eingesetzt werden.
 7. Die Verwaltung wird mit der Entwicklung eines gesamtstädtischen Konzeptes zur **Schulsozialarbeit** unter besonderer Berücksichtigung gelingender Übergänge beauftragt. Über die Umsetzung ist in den zuständigen politischen Fachausschüssen im 2. Quartal 2017 zu berichten.
 8. Das **Finanz- und Fachcontrolling** ist im Hinblick auf die Zielsetzung und Methodik weiter zu entwickeln. Die Kombination aus Zielworkshops, Wirksamkeitsdialogen und regelmäßigen Berichten an die Fachgremien als Kernkomponenten des Fachcontrollings wird zunächst in den Pilotbereichen OKJA, Seniorenarbeit, Frauen und Mädchen sowie Menschen mit chronischer Erkrankung (Sucht) erprobt und nach positiver Evaluation sukzessive ausgeweitet.
 9. In den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen werden eine „**Leistungsminderungsklausel**“ und Regelungen für eine evtl. **Veränderung während der Vertragslaufzeit** aufgenommen.
 10. Die unterschiedliche Finanzierung von Angeboten der freien Träger durch Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen zum einen und Zuschüsse zum anderen wird in der Vertragsperiode 2017 – 2019 harmonisiert. Die in Anlage 2 dargestellten **zuschussfinanzierten Angebote und Leistungen** werden in das System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen überführt.
 11. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung der **Leistungen nach § 16 a SGB II** in ein wirkungsorientiertes, entgeltfinanziertes System zu überführen. Die entsprechenden Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen sind dem folgend anzupassen. Über die Umsetzung ist in den zuständigen politischen Fachausschüssen im 2. Quartal 2017 zu berichten.
 12. Die Mittel der sogenannten **linearen Umverteilung** im Bereich

der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden mit Beginn der neuen Vertragsperiode in das System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen integriert. Die bisherigen Umverteilungsbeträge sind prozentual entsprechend der Aufteilung der jeweiligen Vertragssumme den Personal- und Sachkostenanteilen zuzuordnen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Hamfeldschule: Zusammenlegung des Teilstandorts Kupferhammer mit dem Hauptstandort

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2961/2014-2020

Herr Müller erläutert die Vorlage und stellt das in Bielefeld gut aufgestellte Förderschulangebot vor. Aufgrund der zunehmenden Zahl an Schülern, die am Gemeinsamen Lernen teilnehmen, seien die Schülerzahlen an städtischen Förderschulen gesunken.

Auf Nachfrage von Frau Röder teilt Herr Müller mit, dass die Schulentwicklungsplanung zurzeit nichtöffentlich fraktionsintern beraten werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Beirat folgenden

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Schul- und Sportausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Schulbetrieb der Hamfeldschule, Förderschule Primar- und Sek. I-Stufe mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache, Emotionale und Soziale Entwicklung, wird ab Schuljahr 2016/17 am Hauptstandort Hamfeldstraße 10, Bielefeld-Schildesche, konzentriert.

Der Teilstandort von-Möller-Straße 54, Bielefeld-Brackwede, wird aufgrund rückläufiger Schülerzahlen aufgegeben und das Gebäude anderen schulischen Nutzungen zugeführt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Gemeinsames Lernen

Frau Trachte berichtet anhand von aktuellen Zahlen über die aktuellen Entwicklungen beim Übergang von der Primarstufe in die Sekundarstufe I zum 01.08.2016 (**Anlage 7**).

Auf Nachfrage von Frau Röder teilt Frau Trachte mit, dass die Schulleitung letztlich über die Aufnahme von Kindern entscheide. Dabei würden behinderte wie nichtbehinderte Kinder gleich behandelt. Die Fahrtkosten für die nächstgelegene Schule, die Gemeinsames Lernen anbiete, würden übernommen.

Weitere Fragen von Frau Röder und Herrn Conty werden beantwortet.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 13 **Neuorganisation des Amtes für soziale Leistungen** :-
Sozialamt -

Frau Schulz informiert über die neue Organisationsstruktur des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt - (**Anlage 8**). Sie weist insbesondere auf die Überlegungen zur fachlichen Weiterentwicklung hin. Die neue Struktur passe sich den geänderten Bedingungen an und es entstehen ineinander greifende Leitungsketten.

Fragen von Frau Röder, Herrn Hofmann, Frau Niemeyer und Frau Pieper werden beantwortet.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 14 **Inklusionsplan - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Herr Burkat berichtet über den aktuellen Stand der Inklusionsplanung.

Im Handlungsfeld 6 „Selbstbestimmtes Wohnen“ werde zurzeit ermittelt, wie viele barrierefreie Wohnungen in Bielefeld vorhanden seien bzw. was unter einer barrierefreien Wohnung verstanden werden müsse. Dazu würden Fragebögen aus der Sicht der Betroffenen erarbeitet und im Arbeitskreis über die individuellen Kriterien beraten.

Die Aktion Mensch habe zur Teilnahme an der Initiative „Kommune Inklusiv“ aufgerufen und wolle dabei die Umsetzung von Inklusion vor Ort unterstützen. Die Stadt Bielefeld bemühe sich um eine aussagekräftige Bewerbung, die bis zum 30.06.2016 bei der Aktion Mensch vorliegen müsse.

Herr Burkat teilt die Termine der nächsten Treffen für die Handlungsfelder im Rahmen der Inklusionsplanung mit:

- Handlungsfeld (HF) 06 – „Selbstbestimmtes Wohnen“:
17.06.2016, 9.30 Uhr

- HF 12 „Inklusive Stadtverwaltung“: 24.06.2016, 10.30 Uhr
- Lenkungsgruppe: 04.07.2016, 13.00 Uhr

- der Beirat nimmt Kenntnis –

Zu Punkt 15 **Änderung der Satzung und Geschäftsordnung des Beirates für Behindertenfragen**

- abgesetzt -

Zu Punkt 16 **Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)**

Stadtentwicklungsausschuss (StEA):

- Herr Hofmann berichtet über die Diskussion bezüglich der Versorgung mit öffentlichen barrierefreien Toiletten. Der StEA lasse Bielefeld Marketing die Kostenfrage prüfen.
- Der StEA habe sich bezüglich des Hochbahnsteigs in der Brackweder Hauptstraße einstimmig für die Variante 2 entschieden und sei damit der Auffassung des Beirates für Behindertenfragen gefolgt.

Arbeitskreis Bebaute Umwelt und Verkehr:

- Frau Pieper informiert über den aktuellen Stand des Baus der Behindertenparkplätze am Hauptbahnhof. Inzwischen sei neues Pflaster verlegt worden. Die Absenkung könne wegen eines darunter liegenden Bunkers der Deutschen Bahn nicht optimal umgesetzt werden.

Arbeitskreis Gesundheit:

- Herr Huhn teilt mit, dass die elektronische Gesundheitskarte aus Gründen der Fremdeinspeisung von Schadprogrammen nicht benutzt werden dürfe.

Pflegekonferenz:

- Herr Huhn berichtet über den geplanten Umbau des Petristiftes in Heepen, bei dem 72 Wohneinheiten neu gebaut werden sollen und den geplanten Umbau des Paul-Gerhard-Hauses in Jöllenbeck.

Zu Punkt 17 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 17.1 **Wettbewerb der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft**

"Pilotprojekte inklusive Schulen planen und bauen"

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung vom Amt für Schule.

Zu Punkt 17.1.1 Presseartikel

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandten Presseartikel.

Zu Punkt 18 Bericht an die Presse

Es gibt nichts zu berichten.

Vorsitzender Herr Baum stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.